

NACHRICHTEN

KLIMAWANDEL

Mehr Korallenriffe bleichen aus



Noch ist es bunt Foto: reuters

SYDNEY | Die meisten großen Korallenriffe der Welt werden nach Einschätzung von UN-Umweltexperten künftig regelmäßig eine Korallenbleiche erleiden. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen Urep warnte am Donnerstag in Sydney davor, dass das Ausbleichen der Korallenstöcke künftig weltweit zu einer Plage werde, die sich sogar jedes Jahr wiederhole, sollte sich der Treibhausgasausstoß ungehindert fortsetzen. Im vergangenen Jahr war insbesondere das Great Barrier Reef an der Ostküste Australiens stark ausgebleicht. (dpa)

PRÜFUNG ABGELEHNT

US-Ministerium klagt gegen Google

SAN FRANCISCO | Das US-Arbeitsministerium hat Klage gegen den Internetkonzern Google eingereicht, um vorerst weitere Verträge des Unternehmens mit der Regierung zu verhindern. Google habe sich wiederholt geweigert, dem Ministerium die Gehälter und weitere Informationen über seine Tausende Mitarbeiter zu übergeben, heißt es in der eingereichten Schrift. Demnach geht es um eine Prüfung, um sicherzustellen, dass Google seine Mitarbeiter nicht wegen des Geschlechts oder der Herkunft diskriminiert. (ap)

VOGELGRIPPE

Züchter töten Enten und Gänse

PARIS | Im Südwesten Frankreichs werden bis zu eine Million Enten und Gänse wegen der Vogelgrippe gekeult. Am Donnerstag begannen Züchter in 150 Gemeinden mit der Tötung der Vögel. Das Landwirtschaftsministerium hatte am Mittwoch die Anweisung gegeben, alle im Freien gehaltenen Enten und Gänse in diesen Kommunen zu keulen. 300.000 Tiere wurden dort wegen der Vogelgrippe seit Ende November bereits getötet. Landwirte kritisierten unterdessen, die Regierung reagiere zu spät. (apf)

WENIGER KOHLE

China investiert in Erneuerbare

PREKING | China forciert den Ausbau erneuerbarer Energien. Hierfür werden zwischen 2016 und 2020 umgerechnet 343 Milliarden Euro investiert, wie die Nationale Energiebehörde NEA am Donnerstag mitteilte. Dadurch sollen mehr als 13 Millionen Arbeitsplätze in dem Sektor geschaffen werden. Die NEA bekräftigte ihr Ziel, bis 2020 rund 15 Prozent des gesamten Energiekonsums durch Alternativen zur Kohle abzudecken. Dazu zählt Energie aus Wind, Wasser und Sonne, aber auch Atomkraft. (rtr)

ZAHL DES TAGES

Zurück zur stillen Quelle

Ein Getränk, dessen Absatz 2016 um 9,5 Prozent gestiegen ist – na, was könnte das sein? Bier? Fassbrause? Chai Latte? Nein, es ist – Achtung, Tusch! – stilles Mineralwasser. Man könnte denken, die Käufer wüssten einfach nicht, wo ihr Wasserhahn hängt, doch es ist natürlich komplexer. Wassersommeliers! Der Trend zur natürlichen Ernährung! Hier lässt sich hier auch gleich mit Sport verbinden. Beim Kistschleppen.



VW: Klagen in den USA, Boykottaufruf in Deutschland

ABGAS-SKANDAL Der Konzern wollte Verfahren nach Deutschland verlegen – und scheitert vor Gericht

WASHINGTON rtr/taz | Der Autohersteller VW ist mit dem Versuch gescheitert, Klagen von US-Anlegern nach Deutschland zu verlegen. Der Konzern und sein ehemaliger Vorstandschef Martin Winterkorn müssten sich gegen die Vorwürfe in Kalifornien verteidigen, entschied ein US-Berichtsspruch in San Francisco am späten Mittwoch. Die Kläger, vor allem US-amerikanische Pensionsfonds, wollen einen Ausgleich für Kursverluste

rief der Berliner Politikwissenschaftler Peter Grottian die Kunden dazu auf, VW „befristet zu boykottieren, bis alle Skandalkarten und ein Entschädigungsangebot auf dem Tisch liegen“. Grottian kritisiert auf seiner Homepage „vboykott.com“, noch niemals sei ein „Industrieskandal so schamlos ausgefallen worden“. Weder VW, die Bundes- und Landesregierungen oder die IG Metall hätten ein Interesse an Aufklärung und Schadenersatz für VW-Kunden.

Während sich VW mit Privatklägern und den US-Behörden auf eine zivilrechtliche Wiedergutmachung geeinigt hat, steht auch ein strafrechtlicher Kompromiss noch aus. Dieser könnte den Konzern eine weitere Milliardensumme kosten, nachdem die zivilrechtliche Einigung bereits mit mehr als 16 Milliarden Dollar zu Buche schlägt. In Wolfsburg hofft man, den Streit vor dem Amtsantritt des künftigen US-Präsidenten Donald Trump am 20. Januar beizulegen. Sollte das nicht gelingen, rechnen Experten mit einer monatelangen Hängepartie, weil sich die neue Administration erst einarbeiten muss.

Die Kläger wollen Ausgleich für Kursverluste

luste durchsetzen, die im Zuge des Abgasskandals entstanden seien. VW hatte erreichen wollen, dass die Investorenklagen vor deutschen Gerichten verhandelt werden.

Analysten sehen in dem Verfahren weitere Risiken für Volkswagen. Der Konzern hält die von den Anlegern erhobenen Vorwürfe für unbegründet.

Auch in Deutschland könnte dem Konzern Ärger drohen. Ges-

Fleischsteuer in die Tonne

ERNÄHRUNG Das Umweltbundesamt will tierische Nahrungsmittel verteuern – der Protest folgt umgehend. Doch es gibt noch mehr klimaschädliche Subventionen

VON HANNES KOCH

BERLIN taz | Auf breite Ablehnung stößt das Umweltbundesamt mit seiner Forderung, die Mehrwertsteuer unter anderem für Fleisch und Milch anzuheben. „Tierische Nahrungsmittel sollten künftig mit den regulären 19 Prozent besteuert werden“, schlug UBA-Präsidentin Maria Krautzberger vor. Damit provozierte sie eine harsche Replik von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Das sind die Vorschläge des UBA, nicht die des Umweltministeriums.“

Die ermäßigte Mehrwertsteuer auf die meisten Lebensmittel des alltäglichen Bedarfs beträgt heute 7 Prozent. Dadurch sollen Bürger mit geringen Einkommen unterstützt werden. Ihre Lebenshaltungskosten sind niedriger, als wenn sie für Grundnahrungsmittel den regulären Steuersatz von 19 Prozent zahlen müssten. Dieser gilt für den Kauf vieler anderer Konsumgüter. Ihre Forderung, tierische Nahrungsmittel zu verteuern, begründet Krautzberger mit dem Klimaschutz. „Tierische Produkte sind deutlich klimaschädlicher als Getreide, Obst oder Gemüse“, erklärte das UBA am Donnerstag.

Die Positionierung des UBA beruht auf dem neuen Bericht über „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“, der turnusgemäß alle zwei Jahre herauskommt. Darin hat die Behörde jetzt erstmals die Mehrwertsteuer-Begünstigung für bestimmte Lebensmittel aufgegriffen. Durch den niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Fleisch, Milch und andere tierische Produkte gingen dem Staat, letz-



Was immer daraus wird – Verbraucher zahlen den ermäßigten Mehrwertsteuersatz Foto: Arno Burgi/dpa

lich allen Bürgern, 5,2 Milliarden Euro pro Jahr verloren.

Krautzberger plädierte dafür, dieses Geld anders einzusetzen. „So könnte man zum Beispiel Obst und Gemüse oder öffentliche Verkehrsmittel billiger machen.“ Ministerin Hendricks sagte dagegen: „Von einigen Einzelmaßnahmen“ im Bericht „halte ich nichts“. Auch Hendricks verlangte allerdings, dass „wir unser Finanzsystem auf seine Klimaverträglichkeit überprüfen“. Im Klimaschutzplan 2050, den die Bundesregierung kürzlich beschloss, stehen aber nur unverbindliche Formulierungen, keine konkreten Maßnahmen.

Auch die Grünen sprechen sich gegen Krautzbergers Vorschlag aus. „Die Mehrwertsteuer ist nicht das richtige Instrument,

„Tierische Produkte sind deutlich klimaschädlicher“

UMWELTBUNDESAMT

um Klimapolitik zu machen“, sagte deren steuerpolitische Sprecherin Lisa Paus. Ablehnung kommt auch von Linken, FDP, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) und diversen Wirtschaftsverbänden. Die Umweltorganisation Greenpeace unterstützte Krautzberger jedoch.

Insgesamt beziffert das UBA die umweltschädlichen Subventionen auf 57 Milliarden Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Die kompletten Steuereinnahmen betragen 2016 rund 700 Milli-

arden Euro. Die meisten Steuerbegünstigungen für unökologisches Verhalten gibt es laut UBA mit 28,6 Milliarden Euro im Verkehrssektor. Etwa den niedrigeren Steuersatz für Diesel im Vergleich zu Benzin oder die Steuerbefreiung für Flugtreibstoff.

Im Bundestagswahlkampf 2017 könnte das Thema eine Rolle spielen. Die Grünen verlangen grundsätzlich, dass „Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen“. Paus: „Wir plädieren dafür, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid an anderer Stelle stärker zu steuern, beispielsweise durch die Anhebung des niedrigen Steuersatzes von Dieseltreibstoff.“ Wie weit Linke und SPD in einer rot-rot-grünen Koalition dabei mitgehen würden, ist ungeklärt.



taz.genossenschaft

Über den Tag hinaus

Mit einem Engagement in der taz Genossenschaft setzen Sie auf einen langen Atem und die Kraft der Gemeinschaft. So verschieden wir sind, uns alle eint doch die Überzeugung, dass eine freie Gesellschaft eine unabhängige Presse braucht. Deshalb: Machen Sie mit. Sie müssen uns ja nicht gleich heiraten.

Werden Sie einfach Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 € (auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

T (030) 25 90 22 13 | geno@taz.de
www.taz.de/genossenschaft



Flucht in die digitale Währung

ANLAGE Der Bitcoin-Kurs steigt auf Rekordniveau. Die Ursache sehen Experten unter anderem in China

FRANKFURT/MAIN dpa/taz | Die Digitalwährung Bitcoin ist am Donnerstag auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Nachdem das bisherige Hoch aus dem Jahr 2013 bereits am Mittwochabend gerissen wurde, stieg der Kurs am Donnerstag auf einen abermaligen Höchststand von gut 1.161 US-Dollar. Die Bestmarke aus dem Jahr 2013 hatte bei 1.137 Dollar gelegen. Damit kostete ein Bitcoin am Donnerstag 1.081 Euro.

Marktbeobachter nennen vor allem zwei Gründe für die aktuell hohe Nachfrage nach der Di-

gitalwährung. Zum einen weisen sie auf zunehmende Kapitalverkehrskontrollen in der weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft China. Diese sind von der chinesischen Regierung ergriffen worden, um der Talfahrt der chinesischen Währung Renminbi oder Yuan zu begegnen. Chinesische Anleger können derartige Kontrollen umgehen, indem sie auf die staatlich nicht kontrollierte Digitalwährung ausweichen.

Als zweiten Grund nennen Fachleute misslungene Bargeldreformen in den Schwellenlän-

dern Indien und Venezuela. Indien hatte eine Krise ausgelöst, weil die Regierung über Nacht alle Scheine mit mehr Wert als 100 Rupien für ungültig erklärte. In Venezuela stockt die aufgrund der starken Inflation geplante Ausgabe neuer Geldscheine mit höherem Nennwert. Experten gehen davon aus, dass die Popularität von Bitcoins auch in diesen Ländern steigt.

Die Digitalwährung ist seit 2009 im Umlauf. Bitcoins werden in komplexen Rechenprozessen auf den Computern von Nutzern erzeugt. Befürworter

nennen als Vorzüge des Bitcoin, dass er im Gegensatz zu herkömmlichen Währungen keiner staatlichen Kontrolle unterliegt und so mit etwas Aufwand auch ein anonymes Bezahlen möglich macht.

Kritiker monieren, dass die Digitalwährung gerade wegen der schwierigeren Nachverfolgung von Zahlungswegen auch für kriminelle Zwecke verwendet wird. Zudem verweisen sie auf die starken Kursschwankungen, denen der Bitcoin in den vergangenen Jahren ausgesetzt war.